

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
WLAN auf öffentlichen Plätzen in Karlsruhe (KA-WLAN)		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	18.02.2014	10	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

- Der Gemeinderat beschließt, das Projekt KA-WLAN mit einem Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro für die Umsetzung von KA-WLAN in der ersten Ausbaustufe sowie für einen zwölfmonatigen Betrieb als Pilotphase zu fördern. Die Haushaltsmittel werden durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt.
- Der Gemeinderat stimmt zu, gegenüber dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die beigefügte Absichtserklärung (Letter of Intent) über die gemeinsame Unterstützung von KA-WLAN abzugeben.

Finanzielle Auswirkungen		nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
100.000 Euro	100.000 Euro		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung Kontierungsobjekt: _____ Kontenart: _____ Ergänzende Erläuterungen: Die Haushaltsmittel werden durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt.			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit: Stadtmarketing Karlsruhe GmbH	

1. Aktueller Stand

Die KAL-Gemeinderatsfraktion hatte im März 2012 beantragt, dass die Stadt Karlsruhe ein kostenloses W-LAN auf Karlsruher Plätzen anbieten soll. Dies wurde in der Folge von der Verwaltung geprüft, konnte aber aufgrund der Risiken der so genannten "Störerhaftung" bislang nicht umgesetzt werden (vgl. Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der KAL vom 24.09.2013). Die SPD-Fraktion stellte daraufhin den Antrag, im Gespräch mit der Karlsruher IT-Wirtschaft nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Im Oktober 2013 wurde in einer Expertenrunde unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Mentrup die Einrichtung eines WLAN (KA-WLAN) auf öffentlichen Plätzen in Karlsruhe angeregt. Ein Projektteam, bestehend aus INKA e. V. und CyberForum e. V., ist nun mit der Absicht an die Stadt Karlsruhe herangetreten, im II. Quartal 2014 ein kostenlos nutzbares WLAN auf ausgewählten öffentlichen Plätzen der Stadt Karlsruhe zu installieren. Im Sinne des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Karlsruhe sowie vor dem Hintergrund der Positionierung Karlsruhes als IT-Standort und dem strukturpolitischen Ziel eines Ausbaues des freien Zugangs zum Internet befürwortet die Verwaltung das Projekt KA-WLAN zu unterstützen.

1. Grundzüge von KA-WLAN

Es ist vorgesehen, in der ersten Ausbaustufe auf folgenden Plätzen KA-WLAN zugänglich zu machen:

- Marktplatz als Erweiterung eines bestehenden Hotspots von INKA e. V.
- Friedrichsplatz
- Schlossgarten und Schlossplatz
- Bahnhofsvorplatz

Hinzu kommen folgende kostenlos zugängliche Hotspots, die der Verein INKA e. V. bereits betreibt und KA-WLAN als Eigenleistung zur Verfügung zu stellen bereit ist:

- Kreuzung Baumeisterstraße/Rüppurrer Straße
- Kreuzung Baumeisterstraße/Adlerstraße
- Kreuzung Morgenstraße/Luisenstraße

Zusätzlich ist es möglich, die Zugangspunkte des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in KA-WLAN zu integrieren (siehe 4.).

Ein Ausbauplan von KA-WLAN in der ersten Ausbaustufe liegt der Vorlage in Anlage A bei.

Es soll einen „Walled Garden“ geben, d. h. einen Bereich des Internetangebotes, der für die Benutzer unentgeltlich, frei und voraussetzungslos zugänglich sein wird. In diesem „Walled Garden“ werden voraussichtlich die Internetangebote des Projektkonsortiums und dessen Kooperationspartner eingebunden, soweit sie von öffentlichem Interesse sind. Verlässt ein Nutzer diesen eingegrenzten Bereich („Walled Garden“), muss er sich authentifizieren. Es ist ein niederschwelliges, datenarmes Authentifizierungsverfahren vorgesehen.

2. Betreibermodell

Die vertragliche Festlegung der Organisationsform des Projektteams auf Grundlage der Beratung durch einen Fachanwalt soll bis 1. Juli 2014 erfolgen. Bis dahin wird die inhaltliche Steuerung des Projektes KA-WLAN sowie das Projektmonitoring vorläufig durch CyberForum e. V. ausgeübt. Das operative Geschäft übernimmt vorläufig INKA e. V. Das Projektteam hat einen Mittelbedarf in Höhe von 100.000 Euro für eine erste Ausbaustufe inklusive einen zwölfmonatigen Betrieb als Pilotphase von KA-WLAN ermittelt. Ein Kostenplan liegt der Vorlage in Anlage B bei.

Die Finanzierung der ersten Ausbaustufe sowie eines zwölfmonatigen Pilotbetriebs soll durch einen städtischen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro erfolgen. Über einen entsprechenden Antrag des Projektteams wird gemäß der städtischen Praxis bei der Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung zu entscheiden sein.

Die zu etablierende Betreiberorganisation beabsichtigt, eine zweite Ausbaustufe von KA-WLAN zu entwickeln. Eine Erweiterung der Plätze, etwa um Stephanplatz, Ludwigsplatz oder Lidellplatz ist möglich und wird geprüft. Ab dem zweiten Jahr werden für den Betrieb von KA-WLAN in der ersten Aufbaustufe aktuell Kosten in Höhe von

30.000 bis 50.000 Euro p. a. geschätzt. Eine Finanzierung über Sponsoring ist angestrebt.

4. Kooperation mit dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Bereits seit mehr als zehn Jahren betreibt die Universität Karlsruhe (TH) bzw. das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) für Zwecke der Forschung und Lehre ein campusweites WLAN für Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KIT. Für die Nutzerinnen und Nutzer ist dieses WLAN kostenlos. Das KIT beabsichtigt, das Vorhaben des Projektkonsortiums ebenfalls zu unterstützen, indem dieses Angebot in das KA-WLAN eingebracht wird. Dazu liegt im Entwurf in Anlage C eine gemeinsame Absichtserklärung der Stadt Karlsruhe sowie des Karlsruher Instituts für Technologie vor, in der beide ihr Interesse an einem kostenlosen und ubiquitär verfügbaren Zugang zum Internet für Bürgerinnen und Bürger, Besucherinnen und Besucher, Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Stadtgebiet Karlsruhe bekunden.

5. Erweiterung der Kooperation

KA-WLAN soll perspektivisch im Sinne der Studenten- und Wissenschaftsstadt Karlsruhe als „Bildungsnetz“ ausgebaut werden. So wäre mit dem Zugang zum WLAN des KIT gleichzeitig ein Zugang zum weltweiten „EduRoam“ möglich, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Studierenden von partizipierenden Universitäten und Organisationen einen Internetzugang an Standorten aller teilnehmenden Organisationen unter Verwendung ihres eigenen Benutzernamens und Passwortes ermöglicht. Je nach verfügbaren Mitteln wird angestrebt, KA-WLAN durch Zuschaltung weiterer Netze sowie bereits vorhandener Netze (Roaming), etwa von weiteren Karlsruher Hochschulen und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmenspartnern und Initiativen der Region, zu erweitern.

6. Strahlen- und Jugendschutz

Die Umsetzung von KA-WLAN erfolgt gemäß der geltenden Bestimmungen und Grenzwerte für WLAN-Netze des Bundesamtes für Strahlenschutz. Jugendschutz wird über entsprechende Filter gewährleistet, die auch im internen Netzwerk der Stadt verwendet werden.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat beschließt, das Projekt KA-WLAN mit einem Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro für die Umsetzung von KA-WLAN in der ersten Ausbaustufe sowie für einen zwölfmonatigen Betrieb als Pilotphase zu fördern. Die Haushaltsmittel werden durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt.

2. Der Gemeinderat stimmt zu, gegenüber dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) die beigefügte Absichtserklärung (Letter of Intent) über die gemeinsame Unterstützung von KA-WLAN abzugeben.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

18. Februar 2014